

Commentaires Nr. 35

Frankfurt, 31. Dezember 2024

Zum Jahresende 2024 sind Deutschland und Frankreich außer Atem, auf der Suche einer verlässlichen Mehrheit im Parlament. Und beide sollten sich an den Spruch von Talleyrand erinnern: „*Wenn ich mich selbst ansehe, tu ich mir leid, wenn ich mich vergleiche, tröste ich mich*“. **In Deutschland** ist nach immerhin 20 Jahren der Zyklus der Agenda 2010 nun abgeschlossen. Die Infrastruktur wurde zwecks Einhaltung strikter Haushaltsregeln vernachlässigt; die Industrie leidet unter den stark gestiegenen Löhnen (der Mindestlohn ist bei 12,88 Euro ab dem 1. Januar 2025 nun höher als in Frankreich, bei 11,88 Euro seit dem 1. November) und der viel zu teuren Energie: fossile Kraftwerke müssen den kontinuierlichen Strom gewährleisten und gleichzeitig wird die Windenergie teuer von Nord nach Süd transportiert und auf Atomenergie verzichtet, die aber -bei Bedarf- aus Frankreich importiert wird. Volkswagen zeigt mit seinem Abbau von 30.000 Stellen in Deutschland das Ausmaß der Herausforderungen. Es ist Zeit für einen Neuanfang. **Auch Frankreich** sucht nach neuem Atem. Die zu Beginn der ersten Macron-Präsidentschaft eingeführten Reformen (Arbeitsrecht, Steuersenkungen für Unternehmen, Rentenreform) zeigen zwar ihre Wirkung (Frankreich war 2024 zum fünften Jahr in Folge das EU-Land mit den meisten Auslandsinvestitionen). Die Sanierung der Staatsfinanzen stellt aber die Regierung -welcher Couleur auch immer- vor die Herausforderung nach 50 Jahren Staatsdefiziten (!) nun die Ausgaben zu reduzieren, also die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor allem lokaler Ebene zu reduzieren. Mit der Rating-Herabstufung zahlt Frankreich für seine Neuverschuldung so viel wie Griechenland: Frankreich wird 2025 ca. 340 Milliarden Euro, kaum weniger als Deutschland (380 Mrd.).

Die Unzufriedenheit drückt sich in beiden Ländern durch Sparquoten auf Höchststand (16 %) und den wachsenden Zuspruch der Extreme aus. **In Frankreich** besteht keine parlamentarische Mehrheit: das linke Lager kommt auf 193 der 577 Abgeordneten, das „Macron Lager“ auf 165, die Republikaner auf 55 und das „Le Pen Lager“ auf 143, wobei jedes der Lager aus mehreren Parteien besteht. Mit dem Christdemokraten François Bayrou wurde nun die 4. Regierung des Jahres ernannt Mélenchon und Le Pen setzen auf die Zermürbung der Institutionen. Mélenchon erklärte sich zum Sieger, schloss jeden Kompromiss von Beginn an aus (bei nur 70 der 193 „seines“ Lagers!) und verweigerte die Ernennung eines sozialdemokratischen Premier Ministers (z.B. Bernard Cazeneuve, dem letzten Premier Minister von François Hollande), der das linksradikale Programm seiner LFI nicht 1 zu 1 umgesetzt hätte. Emmanuel Macron blieb dann nur übrig einen konservativen Premier Minister zu ernennen. Der verhandlungssichere Republikaner Michel Barnier fiel jedoch Le Pen zum Opfer: sie forderte immer mehr Anpassungen beim Haushaltsentwurf ein, um dem von Mélenchons Partei eingereichten Misstrauensvotum zuzustimmen. Die Bayrou-Regierung ist mindestens so konservativ wie die von Barnier: ob Le Pen mehr Milde zeigen wird, bleibt abzuwarten. Ob **Deutschland** am 23. Februar für eine stabile Regierung sorgen wird, ist fraglich: die CDU/CSU ist mit ca. 30 % stärkste Partei und auf zwei Koalitionspartner angewiesen: Dreier-Koalitionen sind immer schwierig, wie wir es jüngst gesehen haben.

Regierungskoalitionen werden sich also nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können. Hoffen wir, dass der Druck des machtbewussten, internationalen Dreigestirns Trump, Putin und Xi Jinping sie dazu bewegt die Landes-und Europainteressen über das parteipolitische Taktieren zu stellen. Der Christdemokrat Bayrou und die wahrscheinlich siegreichen Christdemokraten der CDU/CSU, die alle pro-europäisch sind, können sich vielleicht gegenseitig stärken, indem sie den europäischen Sockel festigen.

Denn wir müssen den EU-Wirtschaftsraum wettbewerbsfähiger machen (siehe den Letta-Bericht vom April 2024). Hierzu zählen zunächst Skaleneffekte. Letta nennt das Beispiel der Telekom-Branche: ein chinesisches Unternehmen setzt seine Entwicklungskosten auf 450 Millionen Kunden ab, ein amerikanisches auf 150 Millionen und ein europäisches auf 7 Millionen. Ähnlich geht es dem Bankensektor (die Bankenunion ist überfällig), der Luft-und Raumfahrtindustrie, dem erfolgreichen Airbus-Beispiel zur Folge. SpaceX sichert mehr als 50 % aller Starts und die Ukraine war auf Musks Satellitensystem angewiesen, um den russischen Aggressor in Schach zu halten! Wir brauchen eine gemeinsame Energiepolitik, um die EU-Klimaziele zu erreichen und ein gemeinsames Verständnis der Verteidigungspolitik und der Rüstungsindustrie.

Thomas Buberl, der deutsche Chef des größten französischen (und weltweiten) Versicherungskonzerns Axa sagt zurecht: „Deutschland braucht Frankreich für die Zukunft und umgekehrt.(...) Die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland hängt übrigens nicht nur von den Regierungen ab. Zwischen beiden Gesellschaften, aber auch im Unternehmensbereich müsste man sich mehr austauschen und mehr zusammenarbeiten“ (Handelsblatt 13. Oktober 2024)

Und wir müssen unsere politischen Abhängigkeiten abbauen. Diese werden in der Ukraine und in Syrien deutlich. Putin unterstützt nach wie vor die Assad-Kämpfer. Obama hat im August 2013 die von ihm gezogene rote Linie in Syrien gerissen. Mit einer fatalen Doppelkonsequenz für uns Europäer: Putin fühlte sich ermutigt die Krim zu erobern und Europa musste mit dem Flüchtlingsstrom aus Syrien klarkommen: allein in Deutschland wurden es ca. eine Million und stärkten der AfD den Rücken. Es führte zu einer weiteren Abhängigkeit, und zwar der Türkei: im Gegenzug zu ca. 10 Milliarden Euro EU-Zahlungen p.a.(!) willigte Erdogan ein bis zu 3 Millionen syrische Flüchtlinge in türkischen Lagern aufzuhalten und die Kurden wurden erneut Opfer der Geschichte: nachdem sie entscheidend zum Sieg über den islamischen Staat beigetragen hatten, wird nun ihr Schicksal Erdogan und Putin überlassen.

Schon längst führt Russland über die Ukraine hinaus einen hybriden Krieg gegen uns. 2015 wurde der deutsche Bundestag, und 2017 die französische Präsidentschaftswahl gehackt. 2024 wurden die Präsidentschaftswahlen in Rumänien (und ggfs. in Georgien) gefälscht, Kabel in der Ostsee beschädigt.

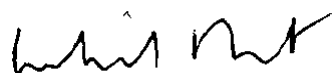
Auch die US-amerikanische Abhängigkeit birgt wachsende Risiken. Elon Musk unterstützt Donald Trump und explizit die AfD, wie in der „Welt am Sonntag“ vom 28. Dezember 2024 veröffentlichten Gastbeitrag zu lesen ist. Die Sorge ist groß, dass Trump mit Putin einen Friedensvertrag für die Ukraine abschließt, ohne sich mit Europa abzustimmen. Auch wenn Europa die Ukraine nun mehr als die USA unterstützt- auch militärisch, haben die USA das Sagen und Europa wird zum Zaungast degradiert.

Ukraine-Hilfe (Zahlen in Mrd. Euro)

	Insgesamt	Finanziell	Humanitär	Militär
USA	119,0	50,0	3,4	65,6
UK	23,6	6,2	0,9	16,6
EU insgesamt	201,3	120,2	10,2	70,4
EU	115,6	113,1	2,5	-
Deutschland	15,5	1,4	3,1	11,0
Frankreich	4,9	0,8	0,6	3,5
Polen	4,5	0,9	0,4	3,2
Niederlande	7,2	0,7	0,6	5,9
Dänemark	7,4	0,1	0,3	7,0

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, Daten per 30. Dezember 2024 (letzte Aktualisierung am 6. Dezember 2024)

Friedrich II der Große sagte zu Recht „Diplomatie ohne Waffen ist wie Musik ohne Instrumente.“ In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein friedliches neues Jahr, mit der Hoffnung, dass wir Europäer unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen.



Christophe Braouet

Commentaires N° 35

Francfort, 31 décembre 2024

En cette fin d'année 2024, l'Allemagne et la France sont à bout de souffle, à la recherche d'une majorité fiable au Parlement. Et toutes deux devraient se souvenir de l'adage de Talleyrand : « *Quand je me regarde, je me désole, quand je me compare, je me console* ». **En Allemagne**, le cycle des mesures de Gerhard Schröder (l'Agenda 2010) est arrivé à son terme, après tout de même 20 ans. Les infrastructures ont été négligées pour respecter des règles budgétaires strictes ; l'industrie souffre de la forte hausse des salaires (le salaire minimum de 12,82 Euros à compter du 1er janvier 2025 est désormais plus élevé qu'en France, où il est de 11,88 Euros) et de l'énergie beaucoup trop chère. Les centrales fossiles doivent assurer la continuité de l'approvisionnement en électricité ; en même temps, l'énergie éolienne est transportée à grands frais du nord au sud et l'on renonce à l'énergie nucléaire, toutefois importée de France - en cas de besoin. En supprimant 30.000 emplois en Allemagne, Volkswagen montre l'ampleur des défis à relever. Il est temps de prendre un nouveau départ. **La France** a aussi besoin d'un nouveau souffle. Les réformes mises en place au début de la première présidence Macron (droit du travail, baisses d'impôts pour les entreprises, réforme des retraites) produisent certes leurs effets (la France était en 2024 pour la cinquième année consécutive principal pays destinataire en Europe des investissements étrangers), mais l'assainissement des finances publiques met le gouvernement au défi - quelle que soit sa couleur politique -, après 50 ans de déficits publics (!), de réduire enfin les dépenses, c'est-à-dire le nombre d'employés dans la fonction publique tant au niveau national que surtout local. Avec la dégradation de sa notation, la France paie sa nouvelle dette au même prix que la Grèce : elle va lever environ 340 milliards, à peine moins que l'Allemagne qui devrait lever 380 milliards.

Le mécontentement s'exprime dans les deux pays par des taux d'épargne au plus haut (16 %) et le vote croissant pour les extrêmes. **En France**, il n'y a pas de majorité parlementaire : le camp de gauche compte 193 députés sur 577, le « camp Macron » 165, les Républicains 55 et le « camp Le Pen » 143, chacun des camps étant composé de plusieurs partis. Avec le chrétien-démocrate François Bayrou, c'est déjà le 4e gouvernement de l'année. Mélenchon et Le Pen misent sur l'usure des institutions. Mélenchon s'est déclaré vainqueur, excluant d'emblée tout compromis (avec seulement 70 des 193 députés de « son » camp !) et a refusé son soutien à un Premier ministre socialiste (par exemple Bernard Cazeneuve, le dernier Premier ministre de François Hollande), qui n'aurait pas appliqué en tout point le programme d'extrême gauche de LFI. Il ne restait à Emmanuel Macron qu'à nommer un Premier ministre conservateur. Le républicain Michel Barnier, qui s'est montré bon négociateur à Bruxelles, n'en a pas moins été victime de Le Pen : elle a exigé de plus en plus d'ajustements dans le projet de budget pour finalement accepter la motion de censure déposée par le parti de Mélenchon. Le gouvernement Bayrou est au moins aussi conservateur que celui de Barnier : reste à savoir si Le Pen fera preuve de plus de clémence. On peut se demander si **l'Allemagne** élira un gouvernement stable le 23 février : avec environ 30 %, la CDU/CSU est le parti largement en tête des sondages. Mais il dépendra de deux partenaires de coalition et nous avons vu récemment que les coalitions tripartites sont toujours difficiles.

Les coalitions gouvernementales ne pourront donc s'entendre que sur le plus petit dénominateur commun. Espérons que la pression exercée par le triumvirat international Trump, Poutine et Xi Jinping, conscient de son pouvoir, les incitera à placer les intérêts nationaux et européens au-dessus des tactiques partisans. Le chrétien-démocrate Bayrou et les probables vainqueurs chrétiens-démocrates de la CDU/CSU, tous pro-européens, parviendront peut-être à se renforcer mutuellement en solidifiant le socle européen.

Nous devons en effet **rendre l'espace économique de l'UE plus compétitif** (voir le rapport Letta d'avril 2024). Cela passe tout d'abord par des économies d'échelle. Letta cite l'exemple du secteur des télécommunications : une entreprise chinoise répercute ses coûts de développement sur 450 millions de clients, une américaine sur 150, une européenne sur...7 millions. Il en va de même pour le secteur bancaire (il est urgent de réaliser l'union bancaire), le secteur aérospatial, à l'exemple de la réussite d'Airbus. SpaceX assure plus de 50 % des lancements et l'Ukraine dépend du système de satellites d'Elon Musk pour tenir l'agresseur russe en respect ! Nous avons besoin d'une politique énergétique commune pour atteindre les objectifs climatiques de l'UE et d'une compréhension commune de la politique de défense et de l'industrie de l'armement.

Thomas Buberl, le patron allemand du plus grand groupe d'assurance français (et mondial) Axa, déclare à juste titre : « L'Allemagne a besoin de la France pour son avenir - et inversement. (...) La relation entre la France et l'Allemagne ne dépend d'ailleurs pas seulement des gouvernements. Entre les deux sociétés, mais aussi dans le domaine de l'entreprise, il faudrait davantage d'échanges et de coopération » (Handelsblatt 13 octobre 2024).

Il nous faut également réduire nos dépendances politiques. Celles-ci se manifestent clairement en Ukraine et en Syrie. Poutine continue de soutenir les combattants d'Assad. En août 2013, Obama a rompu la ligne rouge qu'il avait lui-même tracée en Syrie. Avec une double conséquence fatale pour nous, Européens : Poutine s'est senti encouragé à conquérir la Crimée et l'Europe a dû faire face à l'afflux de réfugiés syriens : rien qu'en Allemagne, ils ont été environ un million et ont renforcé l'AfD. Cela a conduit à une autre dépendance, celle de la Turquie : en échange d'environ 10 milliards d'Euros par an (!), Erdogan a accepté de retenir jusqu'à 3 millions de réfugiés syriens dans des camps turcs et les Kurdes ont été une nouvelle fois victimes de l'histoire : après avoir contribué de manière décisive à la victoire sur l'Etat islamique, leur sort est désormais laissé à Erdogan et à Poutine.

Depuis longtemps déjà, la Russie mène une guerre hybride contre nous, au-delà de l'Ukraine. En 2015 déjà, le Bundestag allemand a été piraté, et en 2017, l'élection présidentielle française. En 2024, les élections présidentielles en Roumanie (et éventuellement en Géorgie) ont été falsifiées, des câbles ont été endommagés dans la mer Baltique.

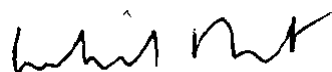
La dépendance vis-à-vis des États-Unis comporte également des risques croissants. Elon Musk soutient Donald Trump et explicitement l'AfD, comme on peut le lire dans une tribune publiée dans le journal « Welt am Sonntag » du 28 décembre 2024. On craint que Trump ne conclue avec Poutine un traité de paix pour l'Ukraine sans se concerter avec l'Europe. Même si l'Europe soutient désormais davantage l'Ukraine que les États-Unis - y compris sur le plan militaire - ce sont les États-Unis qui ont la parole et l'Europe est reléguée au rang de simple spectateur.

Aide à l'Ukraine (chiffres en milliards d'euros)

	Total	Financière	Humanitaire	Militaire
ÉTATS-UNIS	119,0	50,0	3,4	65,6
GB	23,6	6,2	0,9	16,6
TOTAL UE	201,3	120,2	10,2	70,4
UE	115,6	113,1	2,5	-
Allemagne	15,5	1,4	3,1	11,0
France	4,9	0,8	0,6	3,5
Pologne	4,5	0,9	0,4	3,2
Pays-Bas	7,2	0,7	0,6	5,9
Danemark	7,4	0,1	0,3	7,0

Source : Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, données au 30 décembre 2024 (dernière actualisation le 6 décembre 2024)

Frédéric II le Grand disait à juste titre « La diplomatie sans armes, c'est comme la musique sans les instruments. » C'est dans cet esprit que je vous souhaite une nouvelle année pacifique, avec l'espoir que nous, Européens, prenions notre avenir en main.



Christophe Braouet